

## Italiens neuer linker Volkspartei droht schon die Spaltung

ROM - Es war eine Traumhochzeit, doch nun grübeln die Eheleute über ihr Jawort: Im Oktober 2007 schlossen sich Linksdemokraten und Christoziale zur Partito Democratico (PD) zusammen. Nun brechen die Gegensätze zwischen ehemaligen Kommunisten und Christdemokraten auf. Ein Jahr vor den Europawahlen weiß die Partei noch nicht, ob sie zur Europäischen Volkspartei oder zur Sozialdemokratischen Fraktion gehört.

„Wahrscheinlich wäre alles anders, wenn Walter Veltroni die Wahlen gegen Berlusconi gewonnen hätte“, schreibt der „Corriere della Sera“. So aber stritten sich täglich die „Strömungen“ in der Partei. Während das bürgerliche Lager meint, das Zentrum sei im Wahlkampf nicht genug umgarnt worden, glauben die Linken, die Partei müsse dringend nach links. Doch Francesco Rutelli, ehemaliger Chef der christozialen Margherita, will denen die Partei nicht überlassen. Er will die PD im Europäischen Parlament lieber gespalten lassen, als sie in der Sozialdemokratischen Fraktion zu vereinen. Von dort kommt Druck: Laut „Corriere della Sera“ sagte deren Fraktionschef, der Deutsche Martin Schulz, unlängst zu Walter Veltroni, seine PD könne nur seiner Fraktion angehören, ihr sozialistisches Selbstverständnis müsse erhalten bleiben.

Vor allem die Prodi-Getreuen fühlen sich von den Linken überrannt. „Die PD ist nicht einfach die Fortführung der Linksdemokraten“, schimpft Rosy Bindi, die selbst einmal Parteichefin werden wollte: „Die Demokratische Partei gibt es nicht, oder sie ist nicht so, wie wir sie uns erträumt haben.“ *maz*

## Terrorgefahr: Vatikan bekommt schnelle Eingreiftruppe

ROM - Die für den Polizeidienst im Vatikan zuständige Gendarmerie verstärkt ihre Sicherheitsmaßnahmen gegen terroristische Anschläge. Die Polizeitruppe habe zwei Sondereinheiten eingerichtet, eine „schnelle Eingreiftruppe“ und eine „Anti-Sabotage-Abteilung“, sagte der Kommandant des aus rund 150 Italienern bestehenden Wachkorps, Domenico Giani, in einem Interview des „Osservatore Romano“. Beide Abteilungen verfügten über die notwendige technische Ausstattung, ihre Mitglieder seien speziell ausgebildet und könnten in einem Ernstfall sofort eingreifen, so Giani. Zudem verfügten sie über die Einbindung in Informationssysteme und -kanäle auch von Interpol, um Gefahrenmomente analysieren zu können. Die Abteilungen seien im Zuge der wachsenden weltweiten terroristischen Bedrohungen eingerichtet worden.

Zudem erhält die Gendarmerie demnächst neue Uniformen, erläuterte Giani. Sie orientiere sich an der alten Gendarmerie und wolle somit die historische Rolle des Korps unterstreichen. *KNA*

Von Torsten Krauel

WASHINGTON - Es war am Samstagmittag nicht der schwerste Moment in Hillary Clintons Leben, da gab es noch andere. Aber es war sichtbar hart, vorgestern im gewaltigen Lichthof des Architekturmuseums von Washington Abschied vom Traum der eigenen Präsidentschaft zu nehmen. Als sie vor dicht gedrängtem Publikum, ganze Familien darunter, zum ersten Satz Luft holte, sah man für einen flüchtigen Augenblick, welche Gefühle sie im Zaum hielt. „Nun, dies war eigentlich nicht exakt die Party, die ich geplant hatte, aber mit Sicherheit mag ich meine Gäste hier!“ Das kam mit einem Funken Verschmittheit – und einer versteckten Träne. Es hatte eine gigantische Siegesparty sein sollen. Es wurde nun der eigene politische Nachruf und war, wie die hymnischen Reaktionen bewiesen, einer von Hillary Clintons besten Auftritten.

Die Bewerberin brauchte acht Minuten bis zum Satz: „Ich unterstützte Senator Barack Obama und werfe mein ganzes Gewicht hinter seine Kandidatur!“ Darauf hatte Amerika seit Dienstag gewartet. „Wir sind auf verschiedenen Wegen gestartet. Ab heute gehen wir denselben, und wir kämpfen für dasselbe Ziel!“ Clinton brauchte acht Minuten, weil sie vorher aufzählte, wen sie alles für Obama mobilisieren kann. „Die 13 Jahre alte Anne Ridley aus Ohio, die zwei Jahre für Disneyland sparte und das Geld dann dafür ausgab, um mit ihrer Mutter für mich Wahlkampf zu machen.“ Die „88-jährige Florence Steen aus South Dakota, geboren vor dem Frauenwahlrecht, die sich von ihrer Tochter einen Briefwahlschein ins Hospiz bringen ließ. Ihre Tochter und ein Freund stellten ein Sternbanner neben ihrem Bett auf, und sie füllte den Wahlschein aus. Kurz danach starb sie. Nach Landesrecht war der Wahlschein nun ungültig. Aber ihre Tochter sagte einem Reporter: ‚Mein Vater ist ein mürrischer alter Cowboy, und er fand es nicht gut, als er hörte, der Wahlschein zähle nicht. Er hat bestimmt seit 20 Jahren nicht mehr gewählt. Aber jetzt ging er zum Wahllokal und wählte für meine Mutter.‘“ Oder auch „der junge Mann im US-Marines-T-Shirt, der Monate auf einen Arzttermin wartete und sagte: ‚Helfen Sie meinen Kameraden drüben im Irak, und helfen Sie danach mir.‘“

Clinton zählte das alles auf – „18 Millionen Wähler, die mit uns standen, aus allen Lebensbereichen“ –, ihrer eigenen Leistung bewusst, und sie weiß, wie wichtig sie für Obama ist. „Ab jetzt gilt: Wir kämpfen für unsere Ziele, indem wir unsere ganze Energie, unsere ganze Leidenschaft, alle unsere Kraft nehmen und dafür einsetzen, dass Barack Obama der nächste Präsident der Vereinigten Staaten wird!“ Obama habe mit seinem Leben „den amerikanischen Traum gelebt“. Sie habe ihn aus nächster Nähe beobachtet, „seine Großmutter und seinen

# Clintons gefeierter Abschied

Mit einer großmütigen Rede stellt sie sich hinter Barack Obama – Will sie Gesundheitsministerin werden?



Lange hatten die US-Demokraten auf diesen Moment gewartet: Hillary Clinton stellte sich am Samstag offiziell hinter den Präsidentschaftsbewerber Barack Obama. FOTO: RTR

Schneid.“ „Ich trat an, um Amerika Frieden, Fortschritt und Wohlstand zurückzugeben. Genau das werden wir tun, indem wir nun dafür sorgen, dass Barack Obama am 20. Januar 2009 durch die Tür des Oval Office geht!“ Hillary Clinton erwähnte Obamas Namen in knapp 30 Minuten 14 Mal. „Zusammen rufen wir jetzt: Yes, we can!“

Sie ließ ihre potenzielle Macht durchschimmern. „Nur drei Mal in den letzten 40 Jahren hat ein Demokrat das Weiße Haus erobert. Zwei Mal war es der Präsident hier neben mir!“ Hillary Clinton flocht die Sätze außerhalb des vorbereiteten Manuskripts ein. Der oft gehässige Wahlkämpfer Bill Clinton, so ihre Botschaft, ist für Obama vielleicht noch wichtiger als sie selbst. Die

Demokraten sind oft an Selbstüberschätzung gescheitert. Sie hat enormen Respekt vor Obamas Gegner John McCain. Ihn kennt sie zu gut, um ihn jetzt schon als irrelevant abzutun.

Die 18 Millionen Wähler, die Clinton bei den Vorwahlen der US-Demokraten ihre Stimme gaben, leben oft in Staaten, die zu McCain neigen. Der Anteil derer, die gegen einen schwarzen Präsidenten Vorbehalte haben, ist höher als die sieben bis zwölf Prozent, die sich in den Urwahlbefragungen offen dazu bekannten. Obama wird Präsident, wenn er alle von John Kerry 2004 eroberten Bundesstaaten plus Iowa gewinnt – aber ohne die Clintons wird er es nicht ganz leicht haben, alle von Kerry eroberten Staaten zu

haben.

Was springt für sie dabei heraus? Clinton hat in ihren Reden die Bereiche Gesundheitssystem und Umwelt hervorgehoben. Ein Superministerium für solche Themen könnte es werden. Obama hat bereits Andeutungen zu einer wichtigen Rolle Clintons bei der Gesundheitsreform gemacht. Eine Vizepräsidentin Clinton hingegen würde eine eher komplizierte Lage schaffen. Obama plus zwei Clintons neben ihm – das böte Anlass für endlose Debatten darüber, wer Chef ist.

Sentimental wurde Clinton in ihrer Rede auch, aber es war eine aufbauende Sentimentalität. „Zurückschauen“, schloss Clinton, „hindert nur am Vorwärtkommen. Wenn Sie jemanden sagen hören oder

vielleicht selbst denken: Was wäre gewesen, wenn – fangt damit gar nicht erst an.“ Denn: „Während wir hier stehen, fliegt gerade die 50. Frau ins All. Wenn wir 50 Frauen ins All schießen können, werden wir ja wohl eines Tages auch eine Frau ins Weiße Haus bringen.“

Und dann der letzte Satz: „Ich werde nun wieder machen, was ich schon tat, lange bevor die Kameraleute um mich waren, und was ich weiter tun werde, wenn die Kameraleute längst woanders sind: mithelfen, dass jeder Amerikaner dieselben Chancen hat, wie ich sie haben durfte, und jedes Kind seine von Gott geschenkten Anlagen voll entfalten kann.“ Es war die typisch amerikanische Romantik. Es war ein würdiger Abschied.

## Für Araber ist Obama wichtigstes Gesprächsthema

Von Birgit Svensson

KAIRO - Eigentlich sollte man meinen, die Bagdader hätten anderes im Sinn als die Nominierung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Seit Tagen klettert das Thermometer auf die 50-Grad-Marke zu. Klimaanlagen und die für deren Betrieb notwendige Stromversorgung sind deshalb das Top-Gesprächsthema am Tigris.

Doch gleich danach kommt Barack Obama. Denn wie kein anderes Land im Nahen und Mittleren Osten hängen die Geschicke des Irak von den Entscheidungen ab, die in Washington getroffen werden. Trotzdem sind die Hoffnungen auf „Change“ – Veränderung – in der Irak-Politik gedämpft. „Auch wenn Bush und seine Gang verschwunden sind, wird sich an der Haltung des Weißen Hauses gegenüber uns nicht viel ändern“, bemerkt Mohammed Abdul Rahman erntüchert. Der 44-jährige Iraker verweist auf die Demonstrationen vom Wochenende gegen den umstrittenen Vertrag zwischen den Regierungen in Bagdad und Washington, der eine langfristige Präsenz der Amerikaner im Irak garantiert. Darin soll die uneingeschränkte Nutzung von Militärbasen für US-Truppen festgeschrieben werden. Washington will eine Unterzeichnung noch im Juli erreichen. „Wenn die das durchsetzen, werden wir hier zum Schlachtfeld für alle Konflikte der Region“, prophezeit der Dozent für Agrarwissenschaften an der Bagdad-Universität.

In Kairo sind die Hoffnungen auf „Change“ mit Obama stärker. „Hier ist seine Nominierung das Gesprächsthema Nummer eins“, berichtet Gamal al-Aguizy, Mitglied des ägyptischen Unternehmerverbandes. Durch seine afrikanischen Wurzeln bekäme die Region dann endlich eine Chance auf Entwicklung, so die Diskussion in Geschäftskreisen. Ägypten und Jordanien wünschen, dass dann auch endlich eine Lösung für Palästina gefunden werde, obwohl sich Barack Obama in seiner Rede Mitte der Woche eindeutig auf die Seite Israels gestellt habe. „Das müssen alle im Wahlkampf tun“, sagt ein jordanischer Journalist in Amman, „die jüdische Lobby in den USA ist zu mächtig.“

Die Reaktionen auf die Nominierung Obamas sind in Arabien so unterschiedlich wie die 22 Länder, die der Arabischen Liga angehören. Je nach Interessenlage und Geschichte sind ihre Beziehungen zu den USA verschieden. Während Damaskus und Washington unter George Bush zu Erzfeinden wurden und Syrien sich durch einen Präsidenten Obama Entspannung erhofft, sehen die Golfstaaten in seinem Willen zur Veränderung eine gewisse Gefahr für ihre Situation. Denn der von Obama proklamierte Rückzug der US-Truppen aus dem Irak hätte auch Auswirkungen auf die von den Amerikanern eingerichteten Stützpunkte in Kuwait, Qatar, Bahrain und Dubai.

## Wieder Schlangen vor Argentinien's Banken

Die Bauern streiken immer noch und die Argentinier fragen sich: Soll man Dollar kaufen? Droht Lebensmittelmangel? Beobachtungen aus einem geteilten Land

Von Camilla Landbö

BUENOS AIRES - In ihrer kleinen Wohnung in einem besseren Viertel von Buenos Aires sitzt sie neben dem Radio. Zuweilen stundenlang. Sie informiert sich Tag ein, Tag aus. Belkis Martello ist 86 Jahre alt und beunruhigt. „Das Problem wäre so einfach zu lösen, wenn sich alle an einen Tisch setzen und ernsthaft diskutieren würden“, sagt die aschblonde Frau. Die Krise werde hochgespielt. „Es gibt Leute, die daran interessiert sind, die Regierung zu stürzen.“ Argentinien habe schon Präsidenten gehabt, die tun und lassen konnten, was sie wollten, sagt die ehemalige Lehrerin aus der Mittelschicht. „Wieso also wird Cristina Kirchner in den ersten fünf Monaten ihrer Regierungszeit derart in die Mangel genommen?“

Seit rund drei Monaten befinden sich Regierung und Bauern in einem Dauerstreit. Präsidentin Cristina Kirchner hatte Anfang März kurzzerhand eine massive Erhöhung der Exportsteuern vor allem auf Soja verkündet. Der Landwirtschaftssektor zeigte sich entrüstet. Vor allem Kleinproduzenten beklagen, dass die neuen Ausfuhrzölle all ihre Gewinne abschöpfen.

„Den Bauern geht es nicht schlecht“, sagt Martello, die in einer ländlichen Provinz aufgewachsen

ist. Wo also sei das Problem, wenn sie ein bisschen weniger verdienen? Es gebe Menschen im Land, die nicht wüssten, was sie morgen essen sollen. „So arm sind sie!“ Das beschäftige sie. Und die Kinder, die keine Milch trinken könnten, „weil keine geliefert wird oder sie zu teuer ist“.

Im März blockierten die Bauern drei Wochen lang die Zufuhr zu den Städten. In den Regalen der Supermärkte fehlte es mehr und mehr an Lebensmitteln. Und die Preise stiegen in einer Zeit, in welcher das Land ohnehin mit der Inflation zu kämpfen hat. Anfang Mai verhinderten die Bauern die Exporte von Getreide. Seit zwei Wochen – es ist die

dritte Streikrunde – liegen die Agrarexporte wieder brach. Mehrere Gesprächsrunden mit Vertretern der Regierung und der Landwirtschaftsverbände haben bisher keine Lösungen gebracht.

„Es ist eine Lüge, dass die Bauern nur die Lastwagen mit Getreide und Vieh nicht durchlassen“, sagt Ricardo Maringolo genervt. „Geflügel und Fleisch und die Eier, die wir bestellt haben, treffen seit Tagen nicht ein.“ Der Lieferant habe ihn angerufen, der Lastwagen stehe still. Der 25-jährige Student arbeitet in einer Imbissstube im Zentrum der Millionenmetropole, wo sich viele Banken, internationale Unternehmen und kleine

Geschäfte befinden. „Bevor ich zur Arbeit in die Stadt fahre, gehe ich jeden Tag in meinem Wohnviertel, das zu den ärmeren zählt, zwei oder drei billige Hühner einkaufen.“ Auf diese Weise könne die Imbissstube weiterhin den Bestellungen der Kunden nachkommen. Das sei beim ersten Streik im März noch anders gewesen. Es habe an Kartoffeln, Salat und Fleisch gefehlt. „Ich verstehe nicht, was die Bauern noch wollen“, sagt er wütend. Die Regierung habe die Exportsteuern ja nun gesenkt.

Wie aus heiterem Himmel verkündete die Regierung vor zehn Tagen eine neue Berechnung der Exportsteuer. Die Erhöhung der Aus-

fuhrgaben solle abgemildert und Kleinbauern sollten entlastet werden. Es war das erste Mal seit 79 Tagen Streit, dass die Regierung einlenkte. Die Landwirtschaftsverbände reagierte jedoch verärgert auf die Nachricht. Die abgemilderten Steuern änderten kaum etwas bis wenig.

„Mir tun die Bauern leid, dass sie aufgrund einseitiger Beschlüsse gezwungen sind, auf die Straße zu gehen und in der Kälte herumzustehen“, sagt Gerhard Krummacher, während er in einem Café im Stadtzentrum sitzt. Löffelgeklirr im Hintergrund. Sicher, Bauern seien für ihre Hartnäckigkeit weltweit bekannt, aber die Regierung habe unüberlegt gehandelt. „Die Landwirte sind mündige Menschen und keine Putzschichten, wie gewisse Leute behaupten“, sagt der pensionierte Deutsche. Weder habe die Regierung, bevor sie im März die Exportsteuern angehoben hatte, mit den Bauern geredet, noch führe sie jetzt mit ihnen einen korrekten Dialog. „Jetzt haben sie den Salat.“ Der 67-Jährige arbeitete in den 80ern als Manager der deutschen Erdölversorgungsgesellschaft Deminex in Argentinien. Heute ist das südamerikanische Land seine Wahlheimat.

Das Telefon klingelt. Belkis Martello greift nach dem Hörer. Mit der freien Hand stellt sie das Radio lei-

ser. „Hallo, wie geht's?“, sagt sie erfreut. Dieses Mal ist es ihre Enkeltochter. Die 86-jährige telefoniert täglich mit ihren Familienangehörigen und spricht über die aktuelle Lage. „Dollar kaufen?“ Nein, sie glaube nicht, dass das nötig sei, antwortet sie ihrer Enkeltochter.

Besonders in der zweiten Maihälfte gab es einen Run auf die US-Währung. Die Zentralbank hält allerdings weiterhin Reserven in Höhe von rund 50 Milliarden Dollar und dürfte damit auf absehbare Zeit einen mehr oder weniger fixen Wechselkurs garantieren können.

Krummacher wundert sich über die langen Warteschlangen vor den Banken. „Ich war erstaunt, wie groß die Besorgnis der Menschen ist.“ Er selbst sei als Gutsituierter und als Ausländer von gewissen Dingen weniger betroffen. Dennoch: Er könne sich sehr wohl vorstellen, dass es sinnvoll sei, wenn man zurzeit „Vorbereitungsbewirtschaftung“ betriebe. Und wenn sich die Situation weiter zuspitze, sehe er sich vielleicht gezwungen, Argentinien wieder zu verlassen.

Cristina Kirchner flog vor einer Woche nach Rom und hielt eine Rede über Landwirtschaft bei der UN-Welternährungskonferenz. Derweil protestierten in Argentinien Zehntausende Bauern und entschieden einmal mehr weiterzustreiken. Am

Dienstag betrat überraschend ein neuer Sektor die Bühne: Jetzt sperren auch die Lastwagenfahrer der Getreide-Transportunternehmen die Straßen. Sie fordern, dass die Regierung und die Bauern sofort eine Lösung finden – sie hätten keine Arbeit mehr. Am Wochenende kam es zu Gewalttätigkeiten: Ein Auto eines Landwirtes wurde in Brand gesetzt und ein Lastwagenfahrer niedergestochen.

„Ich kann das nicht ernst nehmen, wenn die Bauern mit teuren Geländewagen und gut gekleidet protestieren“, sagt Maringolo. Er packt vier Teigtaschen ein und übergibt sie dem Laubfrischer. „Diese Krise spaltet die Bevölkerung in zwei Hälften“, sagt er. Ihm komme das Ganze wie ein Kochtopf kurz vor der Explosion vor.

„Die Regierung und die Bauern werden eine Einigung finden“, sagt die alte Frau zuversichtlich. Diese erwarte sie allerdings weder heute noch morgen. „In diesem Land ist vieles anarchistisch. Jeder macht, was er will.“

Die „Regierungsaktivitäten“ seien schlecht undurchschaubar, sagt Krummacher. „Ich kann nicht beurteilen, ob selbst die Regierung die Situation nicht mehr durchschaut oder ob sie etwas im Schilde führt.“ Was er aber mit Sicherheit weiß: „Es existiert kein Dialog.“



Seit Präsidentin Cristina Kirchner höhere Exportsteuern verhängt hat, streiken die Bauern. Auch ein Kompromissangebot hat sie nicht besänftigt. FOTOS: RTR/C. LANDBÖ



Ricardo Maringolo (links) hat in seinem Imbiss nicht mehr viel zu verkaufen.